

nun zugestehen würde, wenn ich Lehrer wäre, würde ich sagen, die Hausaufgaben sind nicht ganz ordentlich gemacht. Wir haben den Eindruck, daß über eine Hintertür das, was wir schon einmal hatten, nämlich Monopolisierung, nun auf die Kommunen übertragen wird und so alte Verhältnisse im kommunalen Bereich wieder eintreten. Ich denke an den letzten Anstrich: Unternehmen der Gebäude- und Wohnungswirtschaft als kommunale Betriebe. Hier müssen den Kommunen Handlungsspielräume so weit wie möglich eingeräumt werden, wie sie mit diesen Dingen verfahren, und nicht vorgeschrieben oder vorgegeben werden, was nun von den Kommunen als Unternehmen oder Einrichtung gesehen wird.

Wir schlagen vor, daß beide Drucksachen mit der nötigen Sorgfaltspflicht in die Ausschüsse gegeben werden, vor allen Dingen in den Verfassungsausschuß, weil wir meinen, daß hier Dinge grundsätzlich noch einmal angedacht werden, die mit Eigentumsfragen zu tun haben. Das Kommunalisierungsgesetz wird gebraucht. In Gesprächen mit Vertretern der Gemeinden und Städte hört man das immer wieder. Und ich hoffe, daß aus diesen beiden Entwürfen etwas Gutes herauskommt, wenn es durch die Ausschüsse gegangen ist. Wir unterstützen in besonderer Weise den Antrag der CDU/DA, weil wir meinen, daß auf dem Gebiet des Handels nun Entflechtung nicht nur nötig, sondern geboten ist, damit hier nicht Monopolisierungserscheinungen den Handel kaputtmachen.

Wir bitten um Überweisung in die genannten Ausschüsse, besonders in den Verfassungsausschuß. - Danke schön.

Stellvertreter der Präsidentin Dr. Schmieder:

Danke schön. - Sind Sie bereit, auf eine Zwischenfrage einzugehen? - Bitte schön.

Nooke (Bündnis 90/Grüne):

Darf ich Sie darauf aufmerksam machen, was Sie beim Hausaufgabenmachen scheinbar nicht ganz beachtet haben, daß es in diesem Gesetz einen § 4 gibt, der den Gemeinden das volle Recht gibt, mit dem überwiesenen kommunalen Eigentum so zu verfahren, wie Sie meinten, es noch vorsehen zu müssen, nämlich weiter zu dezentralisieren, zu verkaufen, zu vermieten usw., all das, was zentralistisch jetzt noch organisiert ist. Wir denken, es geht so einfach schneller, und deshalb sollte man es erst mal insgesamt der Gemeinde geben.

Anys (DSU):

Ja, ich würde Ihnen jetzt also an dieser Stelle zustimmen. Mich —/der uns stört, daß hier aufgelistet wird. Ich meine, hier müßten die Kommunen doch selber entscheiden können.

(Nooke, Bündnis 90/Grüne: Die Kommunen sollten selber auflisten. Das steht auch in einem Paragraphen. Vielleicht lesen Sie mal alle Paragraphen.)

Aber so, daß es nicht von ihnen vorgeschrieben wird.

Stellvertreter der Präsidentin Dr. Schmieder:

Danke schön, Abgeordneter Anys. - Für die Fraktion der Liberalen spricht jetzt der Abgeordnete Dr. Steinecke.

Dr. Steinecke für die Fraktion Die Liberalen:

Meine Damen und Herren! Herr Präsident! Ich schäme mich richtig, daß wir kein viertes Gesetz eingebracht haben, sicherlich geht es anderen Fraktionen genauso.

(Vereinzelte Beifall)

Eins ist aber unbestritten: Die Gesetzesvorlagen, die heute hier

vorliegen, entsprechen dem, was wir bei der Beratung des Treuhandgesetzes festgeschrieben haben, daß wir durch ein Gesetz und nicht durch eine Verordnung, d. h. also durch den parlamentarischen Willen, das kommunale Eigentum ausgestalten wollen und daß wir das, was wir mit der Kommunalverfassung bereits begonnen haben, nämlich den Städten, Gemeinden und den Kreisen höhere Handlungsspielräume auch in wirtschaftlicher Art zuzuordnen, nun auch durch parlamentarischen Willen vollziehen.

Es gibt zu allen drei Vorlagen im Detail sicherlich viele Punkte noch einmal abzuwägen, wonach gewaschen werden muß. Und es ist insbesondere auch die Frage zu stellen, welche Stellung die Landkreise und die künftigen Länder dann bekommen in den Fällen, wo man gemeindeübergreifendes Eigentum schaffen muß. Ich kann mir also nicht gut vorstellen, daß man die Eibauleitung zum kommunalen Eigentum machen wird. Ich kann mir auch nicht gut vorstellen, daß kleinere Gemeinden die Hausmüllentsorgung und die Fäkalienentsorgung konkurrierend gegeneinander betreiben. Es gibt also viele Stellen, wo wir uns das anhand des konkreten Falles noch einmal genau anschauen müssen, wie wir im Detail verfahren.

Es findet auch das Grundanliegen der Fraktion CDU/DA zur Destrukturierung der Handelsmonopole, die wir ja gegenwärtig haben mit dem in den letzten Wochen so erschreckend zu sehenden sehr eigenmächtigen Verhalten unsere Zustimmung, zumindest parlamentarische Verunsicherung auszustreuen. Ich meine, der gestrige Tag hat es ja schon gezeigt, wo wir über die Zuschläge schon wirtschaftliches Gespür, glaube ich, bewiesen haben, und auch das tut not, daß wir den Leuten, die gegenwärtig recht eigenwillig mit den Arbeitsplätzen der Beschäftigten unserer Betriebe verfahren, indem sie unsere eigenen Erzeugnisse gar nicht mehr anbieten oder abkaufen, daß wir ihnen sagen, daß wir durchaus willens sind, ihre Monopol- und Machtstellung durch gesetzgeberische Akte zu brechen.

(Beifall bei CDU/DA)

Auch wir stimmen der Überweisung in die Ausschüsse zu. Wir stimmen dem Vorschlag von Herrn Nooke vom Bündnis 90/Grüne zu - die späteren Redner haben das auch gesagt -, das ist eine Angelegenheit, die in die Kommunalreform vom Grundanliegen gehört. Dieser Ausschuß, Herr Präsident, sollte nach unserer Auffassung der federführende sein, und dort ist gemeinsam mit der Regierung die Endfassung und detaillierte Ausgestaltung vorzunehmen. - Danke schön.

(Beifall vor allem bei CDU/DA)

Stellvertreter der Präsidentin Dr. Schmieder:

Danke schön, Dr. Steinecke, für den Beitrag der Liberalen.

Ich darf Ihnen an dieser Stelle mitteilen, daß die Fraktion der DBD/DFD gleichfalls auf ihren Redebeitrag verzichtet. Damit wäre die beschlossene Redezeit beendet, und wir kommen zur Abstimmung über die Überweisungsvorschläge.

Wir haben zwar die Aussprache über die drei Punkte en bloc geführt, wir wollen aber die Abstimmung jetzt separat vornehmen, und ich darf hier an die Adresse der Vertreter der Fraktion Bündnis 90/Grüne noch etwas anfügen. Wenn es hier Streitigkeiten gibt über die Reihenfolge bei der Numerierung, so werten Sie das doch bitte wohlwollend, daß wir über den Antrag von Bündnis 90/Grüne zuerst abstimmen und ihn auch zuerst eintragen. Das wäre das Kompromißangebot des Präsidiums.

(Nooke, Bündnis 90/Grüne: Man muß ja Vorbeugen!)

Ich habe es auch nicht übermäßig ernst genommen, sondern es sollte mehr schlichtend und vermittelnd wirken.

Wir kommen jetzt zum Überweisungsvorschlag. Wir haben den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Grüne - Gesetz über die Übertragung von volkseigenem Vermögen auf die Städte und Gemeinden - Kommunalisierungsgesetz I in der Fassung der